

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachel- und Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphaltateure, Isolierer, Ziegleier, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Baugewerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Milli-  
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt,  
der nur als Kaszarabatt gilt.  
Arbeitsmarkt die dreispaltene Zeile 3 M.,  
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

### Gegen die Hungerpolitik.

Die deutsche Arbeiterchaft leidet seit vielen Monaten unter dem ungeheuren Druck der Arbeitslosigkeit. Millionenfach ist die werttätige Bevölkerung gezwungen, ihre Hände ruhen zu lassen, wirtschaftlich untätig zu sein, Weib und Kind dem trassesten Elend preiszugeben. Und das alles, weil die deutsche Wirtschaftspolitik keine Politik mit dem Ziel der Güterverjorgung ist, sondern Interessenpolitik, geboren aus niedrigster Gewinnjucht, Politik, der Schwerindustrie und dem Junkertum zuliebe. In dem Wirtschaftsjahresdeutschland des Reichslandbundes, der Schwerindustriellen Kartelle und der sogenannten vaterländischen Verbände gibt es keine Wirtschaftspolitik, die als erstes Ziel hat, die innere Kaufkraft des Volkes zu heben und zu stärken. Die Folgen der falschen Wirtschaftspolitik sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besonders in den Jndustrien, die für den deutschen Jnnenmarkt, für die Befriedigung der Bedürfnisse der großen Masse des Volkes tätig sein sollten. Der Textilarbeiterverband hat nicht weniger als 51% Kurzarbeiter, die Schuhmacher haben 37,4%. So ließe sich eine Glendziffer an die andere reißen. Dazu kommen allein aus dem Bekleidungs-gewerbe Abertausende von Arbeitslosen. Auf der anderen Seite dieses Wirtschaftsbildes stehen Hunderttausend, nein Millionen Menschen, die nicht wissen, womit sie sich kleiden, was sie essen sollen. Tausende deutscher Schulkinder haben kein Hemd auf dem Reibe, kommen ohne Frühstück in die Schule.

Mehr als ein Viertel der deutschen Bauarbeiter ist — mitten im Sommer! — erwerbslos; aber Millionen Volksgenossen haufen in Baracken und Löhden worin ein offelblicher Junker nicht einmal seine Schweine unterbringen würde. Das sind wirklich überwältigende Ergebnisse deutscher Wirtschaftspolitik, Ergebnisse, bei denen man nicht weiß, worüber man sich mehr wundern soll: über die Gebud, mit der sie ertragen werden oder über die Schamlosigkeit der „Wirtschaftsführer“, die dieses Elend stabilisieren wollen; denn auf nichts anderes, müssen die Bestrebungen hinauslaufen, die jetzt auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung von der Regierung und den Junkern betrieben werden.

Die Zollgesetzgebung tritt wieder in ein entscheidendes Stadium. Die Ständen der Regierung kufher machen sich jetzt bemerkbar. Man erinnere sich der Vorgänge im vorigen Jahre. Die deutschnational stark durchsetzte Reichsregierung glaubte den Landwirten entgegenkommen zu müssen und setzte Zollsätze für Getreide-Lebensmittel, Lebensmittel-Rohstoffe und Futtermittel fest, die weit über die Wucherpreise in der Wortkriegszeit hinausgingen. Betragen diese für eine Tonne Weizen und Roggen 55 M. und 50 M., so sollten sie nach dem neuen Gesetzesentwurf 75 und 70 M. betragen. Um die Zentrumsarbeiter zur Zustimmung zu bewegen, wurde auf ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, eine Ermäßigung der Zollsätze von 3 M. je Doppelpentner Roggen und 3,50 M. je Doppelpentner Weizen festgesetzt, jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn inzwischen ein gültiger Handelsvertrag abgeschlossen würde, die dort festgelegten Zollsätze am 1. August 1926 automatisch in Kraft treten sollten. Die Zeit läuft in wenigen Wochen ab. Nun geht es um die Frage, ob die erhöhten Wuchersätze von 7,50 M. und 7 M. oder die inzwischen im Handelsvertrag mit Schweden festgelegten von 6,50 M. und 6 M. in Kraft treten sollen oder ob die bisher ermäßigten Sätze weiterbestehen sollen.

Die Sätze des Schwedenvertrages liegen durchschnittlich um das Doppelte höher als die bisher geltenden Sätze. Sie sind hineingeschrieben worden, obwohl Schweden als landwirtschaftliches Einfuhrland gar kein Interesse an ihnen hat. Nur die deutschen

Agrarier haben Interesse an diesen höheren Sätzen; deshalb soll nun versucht werden, die erhöhten Lebensmittelsätze auf dem Wege des deutsch-schwedischen Handelsvertrages einzufuhmuggeln. Wenn dieser Handelsvertrag ohne jede Aenderung (Aenderungen von Handelsverträgen werden bei der Ratifizierung durch das Parlament selten vorgenommen) im Reichstag zur Annahme kommt, dann würde in den nächsten Wochen eine gewaltige Preiswelle über das deutsche Volk rasen und die Lebenshaltung der breiten Massen weit herunterbrücken.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind in der letzten Zeit gestiegen und steigen weiter. Die sogenannte Preisjchere, das heißt der Jnderunterschied

### Begreife und wirb!

Begreife der Gewerkschaft Sinn und Zweck!  
Haff Du dies weg,  
So glaube nicht, daß Du, der dies erreichst,  
Nun schon gewonnen haffest. Federleicht  
Wiegt all Dein gutes Wissen, wenn Du nicht  
Dies Wissen nach Gehob, mit ernster Pflicht  
Auf andre übertriffst. Dies merke:  
Die gleiche Ueberzeugung, gleicher Sinn  
Ergeben gleichen Willen, gleiche Tat;  
Und dies gehst Du jedem großen Werke,  
Wenn das erst gibt uns Zuvertrauen, Stärke!  
Drum wirb für Deine Ueberzeugung früh und spät;  
Erst die vereinte Tat ergibt Gewinn  
Und führt uns siegreich zu dem Ziele hin!

zwischen Agrarverzeugnissen und industriellen Fertigprodukten, ist geschloffen, die Agrarverzeugnisse stehen im Preise zurzeit sogar etwas über den industriellen Produkten. Wenn nun noch die verdoppelten Sätze ihre Wirksamkeit ausüben oder gar noch eine Mähernte in Deutschland hinzukommen würde, dann sind die Folgen angehtich der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht auszubedenken.

Wie sehr die Regierung mit Blindheit geschlagen ist, erfieht man an den Zollsätzen für Futtermittel. Man spricht seit langem von der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und hebt die Notwendigkeit hervor, daß die Landwirtschaft mehr zur Erzeugung von Fertigprodukten (Fleisch, Milch, Milchprodukte usw.) übergehen müsse. Das Gegenteil wird durch die Sätze des Schwedenvertrages erreicht, was an der Erhöhung der Sätze für Futtergerste, Mais, Bohnen, Erbsen, Linsen, Futterbohnen, Lupinen, Wicken usw. zu sehen ist. Die viehzüchtende Bauernschaft hat aus diesem Grunde bereits gegen die durch den Schwedenvertrag erkennbare Zollpolitik der Zukunft Protest erhoben. Die Folge dieser Sätze wird sein, daß die in kleinen Betrieben betriebene Schweinemast zurückgeht und der ohnehin zu knappe Fleischvorrat noch knapper wird. Wir hatten im Vorjahre eine Rekordermnte an Roggen und Kartoffeln, dennoch ist dies nur wenig in einer erhöhten Schweinemast zum Ausdruck gekommen. Im Gegenteil! Die Preise wurden gesteigert, weil billige Futtermittel aus dem Auslande fehlten. Kann man sich eine sinnlosere Politik im Zeitalter einer beispiellosen Wirtschaftskrise denken?

Dann das verurteilte Einfuhrschneinsystem. Dies bleibt natürlich auch nach dem 1. August in Wirksamkeit. Die Einfuhrschneine sind eine besondere deutsche Einrichtung, sie dienen in ähnlicher Form in keinem Lande zu finden sein. Sie geben dem Exporteur oder dem Großlandwirt das Recht, bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse den jeweils gültigen Zollsatz

erfieht zu erhalten. Dadurch werden die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Deutschland stets um den Zollsatz höher sein als die Preise am Weltmarkt. Es besteht die große Gefahr, daß Getreide in Massen zu den gegenwärtig geltenden niedrigen Sätzen eingeführt wird, allein zu dem Zwecke, es nach der Erhöhung der Zollsätze wieder auszuführen. Die Folge wäre eine maßlose Bereicherung der Exporteure und Landwirte auf Kosten des Volkes. Ein Beispiel soll dies klar machen: 1000 Tonnen Weizen jeht eingeführt und nach den Sätzen des Schwedenvertrages später wieder zur Ausfuhr gebracht, würden dem Exporteur einen glatten Verdienst von 35 000 M. bringen. Riesengeschäfte unlauterer Art können also in den nächsten Wochen gemacht werden. Deshalb auch die Eile, mit der die Zollgesetzgebung zum Abschluß gebracht werden soll. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß Deutschland vor dem Hereinbringen der neuen Ernte von Getreide vollständig entblößt werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben diese Katastrophopolitik früh genug erkannt und in einer Eingabe an Regierung und Reichstag am 16. Juni davor gewarnt. Die Gewerkschaften beantragen die durch den § 6 des Zollgesetzes vom 17. August 1925 vorgesehenen Ermäßigungen für die wichtigsten Lebensmittel mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen. Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Sätze auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen. Diese wirtschaftlich günstigere Zeit ist aber angehtich der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Troßdem sich die Zahl der Erwerbslosen, seit der Zeit, wo dies Zollgesetz beschloffen wurde, fast verdreifacht und die Zahl der Kurzarbeiter vervierfacht hat, muß angehtich der Einstellung der bürgerlichen Parteien damit gerechnet werden, daß am 1. August oder später die erhöhten Zollsätze in Kraft treten. Die Folge wäre eine starke Verteuerung der Lebenshaltung. Bedogut doch die Belastung für eine fünfköpfige Familie mindestens 150 M. jährlich. Lohnerhöhungen sind dann mehr denn je eine unabwiesbare Notwendigkeit. Das Untermertum aber ist besessen von Lohnabbaufrimmel und nicht angehtich der Wirtschaftskrise, deren Dast zu einem übergroßen Teile von der Arbeiterchaft getragen wird, ihre wirtschaftliche Macht rückstichtslos aus. Massenfindigungen und Entlassungen sind die brutalsten Auswüchse dieser Unternehmernmacht. Demgegenüber muß die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit angefeuert werden, zu restloser Zusammenfassung ihrer Macht in ihren wirtschaftlichen Organisationen: den Gewerkschaften. Noch sind wir von der restlosen Zusammenfassung eine gute Wegstrecke entfernt. Wenn man die Kraftentfaltung der Arbeiterchaft bei der Abstimmung über die Fürfementierung in Betracht zieht, die einen gewissen Anstakt zu den Zollkämpfen bildete, dann sehen wir ganz deutlich, wie viel Arbeit noch geleistet werden muß. Diese Arbeit muß aber geleistet werden, wenn der neue Angriff auf die Taschen des Volkes abgewehrt werden soll.

Wieder einmal — wie am 20. Juni — liegt es bei der Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit, sich aufzuraffen zu einer richtungweisenden Macht. Diesmal auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik muß vom Geiste des werttätigen Volkes erfüllt werden; sie muß ihren Ausgang nehmen vom tatenfreundigen Willen der Millionen Hand- und Kopfarbeiter. Der tatenfreundige Wille der Millionen wird aber nur dann zur vollenbeden Tat werden, wenn er von den Gewerkschaften zusammengefaßt wird. Deshalb die uns noch fernstehenden herangeholt! Mit den Gewerkschaften, gegen Junker und Schlotbarone! Alles für das Volk, durch die Gewerkschaften!

Die Stabilisierung der Not.

„Die schwarze Schicksalsstunde des Arbeiters“ nennen die neuen Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung die Zeit des Wirtschaftskrisens (Depression), während die Krise die „schwarze Stunde des Unternehmers“ sei. Immer heißt es da, sei die Arbeitslosigkeit in der Depression verhältnismäßig hoch, und zwar größer als in der Krise, die zuerst Unternehmer trifft. Und so sehen wir auch jetzt, daß in einer gewissen „Stabilisierung der Not“, wie man sagen könnte, die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter nur verhältnismäßig wenig zurückgeht, und daß die Zahl der Vollbeschäftigten noch immer weit geringer ist als im November oder gar im Oktober, zur Zeit, als die Zahl der neu eröffneten Kontrakte, der Geschäftsaussichten und der Beschäftigten auf dem Höhepunkt stand.

In der Tat ist es innerhalb des kapitalistischen Kreislaufs nur „natürlich“, daß die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Zeit des Wirtschaftskrisens immer weiter ansteigt, und daß sie sich in ihrem Verlauf nach Erreichung des Höchststandes nur ganz allmählich vermindert. Denn bei der ersten Krisenzeitpunkt brechen nur die schwächsten Unternehmungen zusammen. Ihre Arbeiter bleiben arbeitslos und je mehr Unternehmungen schließen müssen, um so mehr steigert sich die Zahl der Arbeitslosen. Sie kann sich nur vermindern, wenn durch Übernahme der Betriebe die Wiederbeschäftigung vorgenommen wird. Aber als Gegenwirkung dauert während der ganzen Zeit des wirtschaftlichen Krises die Imorganisation der Betriebe an, die ihre Produktion einschränken oder durch Anwendung arbeitsparender Methoden rationalisieren. Das bedeutet immer wieder Arbeitslosigkeit, immer wieder — hoffentlich vorübergehende — Ausschaltung von Angestellten und Arbeitern aus dem Produktionsprozeß. So bildet sich ein „innerer Ring“ von Produktion und Konsum heraus. Der Marktmechanismus kümmert sich nicht darum, was aus den Unternehmungen und den Menschen wird, die außerhalb dieses Ringes stehen, untätig, nichts produzierend und keine Existenz haben.

Eine gewisse „Stabilisierung“ ist erreicht, wenn man das überhaupt so nennen will, bei etwa 60 bis 70 % Ausnutzung der Produktionskräfte. Der Kapitalismus glaubt sich ja schon als System gerechtfertigt, wenn die Maschine überhaupt im Gange ist, wenn sie nicht, wie in der Krise, zu verfallen droht. Und er hat das „ökonomische Gesetz“ erfunden, nach dem das Beschäftigen von menschlicher und Produktionskraft, und die periodische Vernichtung von Werten „natürlich“ ist, woran nicht getrickelt werden kann. Aber was ist dieses „Gesetz“, anders, als die stetige Wiederkehr derselben Sinnlosigkeit? So finden wir auch jetzt, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit und ihr Verharren noch bei sinkenden Preisen ähnlich verläuft wie in den Depressionsjahren 1901 bis 1908 und 1908/10. Aber ein wesentlicher Unterschied zeigt sich doch, nämlich ein quantitativer. Die Arbeitslosigkeit ist — in der Periode 1908/10 — verhältnismäßig rasch zurückgegangen, und sie war auch nie so schwer als in der gegenwärtigen Krise. Die Kurve der Preise war heftiger bewegt als die des Beschäftigungsgrades. Sie zeigte größere Ausschläge, von den Durchschnittswerten her gesehen. Und die Arbeitslosigkeit in der Depression nahm verhältnismäßig rasch ab. Die gegenwärtige Krise scheint auf dem Arbeitsmarkt aber heftiger, länger, dauernder zu sein.

Es muß aber geradezu als Voraussetzung einer baldigen Überwindung der Krise gelten, daß die Preise rascher sinken als die Marktlautkraft oder jedenfalls nicht weniger rasch. Das ist auch in den Depressionsperioden vor dem Kriege der Fall gewesen. Heute ist es umgekehrt: wir haben eine Senkung der Konjunktursensitiven Warenpreise von Beginn des Jahres 1925 bis zur Gegenwart um etwa 25 %, hingegen eine Senkung der

Wollbeschäftigten um 35 % und mehr. Da gleichzeitig die Rohne nur bescheiden sinken, so ergibt sich die Herabsetzung des Wirtschaftskrisens von selbst. Wenn die Marktlautkraft rascher sinkt als die Preise, wie soll die Produktionsmenge wieder ansteigen? Im Gegenteil, sie muß die Tendenz zum Niedergang. So muß man allen Prophezeiungen über den „Eibretzen am Horizont“ leider recht skeptisch gegenübersehen.

Viele Umstände spielen hierbei mit. So zweifellos auch die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen in der gegenwärtigen Krise größer ist als vor dem Kriege, weil viele keine Rentner, Frauen usw., die ehedem keine Arbeit suchten, jetzt im Erwerbsleben stehen. Noch entscheidender aber dürfte sein das oftmals betonte Mißverhältnis gabelreicher Produktionszweige und die daraus hervorgehende Tendenz zur Nationalisierung. Denn diese Nationalisierung, mit der keine Preisentlastung parallel geht, verleiht doch natürlich die niedrige Lage. Die neue Fabrikorganisation wirkt wie eine neue Technik, nur mit dem Unterschied, daß zum Teil keine neuen Produktionsmittel erzeugt werden müssen, um diese neue Technik einzuführen. Es werden also nur Arbeiter freigesetzt, hingegen keine neuen Arbeiter in anderen Betrieben benötigt. Auch die Kartellorganisation mit der Einschränkung der Produktionsmenge wirkt in der gleichen Richtung und endlich auch das Interesse der großen und starken Betriebe, die kleinen zu vernichten und aus dem Markt zu werfen. Ist doch jeder Wirtschaftskrisis für die führenden Unternehmungen, wenn noch freie Konkurrenz vorhanden ist, nur schmerzhaft nachteilig. Ihre Gewinne sinken geringer, aber die Vernichtung ihrer Konkurrenten eröffnet ihnen ja die Beherrschung des Marktes in der nachfolgenden Konjunkturperiode. All das wissen wir aus der Geschichte der Konjunkturschwünge früherer Jahre. Aber diese Dinge sind heute besonders verhängnisvoll.

Nach einer andern Richtung hin ist die Lage der Unternehmer sogar besonders günstig: die öffentliche Meinung zeigt heute dem Konjunkturverlauf gegenüber ein weitläufigeres Interesse, und immerhin sind gewisse theoretische Argumente schon zum Gemeingut der Aussprache geworden. So das Argument der Nationalisierung als Überwindung der Krise. Während früher der Unternehmer immer mit dem offenen oder versteckten Widerstand der Arbeiter und Angestellten zu kämpfen hatte, wenn er in drückenden Wirtschaftsjahren seinen Betrieb durch Imorganisation verbessern wollte und mußte, und auch die öffentliche Meinung sich gegen die Entlassungen stemmte, hat das Schlagwort der Nationalisierung und Planung von Amerika aus seinen Siegeslauf durch die ganze Welt angetrieben. Auch die Gewerkschaften bekennen sich dazu. Freilich haben sie das unter Voraussetzungen getan, welche die schädlichen Einwirkungen der Nationalisierung sehr herabsetzen würden: sie haben unter anderem in ihrer letzten Denkschrift erklärt, daß jede Nationalisierung von einer Herabsetzung der Preise und einer Lohnsenkung begleitet werden soll, soweit die Preise nicht entsprechend dem geringeren Arbeitsaufwand herabgesetzt werden. Und sie haben den Standpunkt vertreten, daß die Nationalisierung nicht in erster Linie zur Vergrößerung der Gewinne dienen dürfte. Das ist auch volkswirtschaftlich richtig gesehen. Denn eine erzwungene Steigerung der Gewinne in wirtschaftlichen Niedrigzeiten muß nur zu neuer Überproduktion und zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen, während die richtige Wirtschaftspolitik trachten muß, durch Schonung und Steigerung der Marktlautkraft die Produktion wieder auf den höchst möglichen Umfang zu bringen. Krisen und andere Zeit wirtschaftlichen Krises sind die beste Lehrzeit für die Notwendigkeit gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

So bereitet die Nationalisierung der industriellen Produktion heute zwar eine günstige Marktlage für die Zukunft vor, aber auf dem Rücken der Arbeiter. Im Wesen verläuft der Wirtschaftskrisisprozeß so, wie er in einer Depression immer verläuft ist, nur ist die Arbeitslosigkeit heftiger und hartnäckiger, weil die Inflationskonjunktur länger und gewalttätiger war. Für den Theoretiker ist demnach alles klar. Aber die Massen der Arbeitslosen finden keinen Trost darin, daß heute die Wiederherstellung des Gleichgewichts länger dauern müsse, weil die Konjunktur so lange warte. Im so mehr ist es ein magerer Trost, weil ja der Kriegs- und Inflationskonjunktur der Arbeiter nur mit Scheingewinnen abhelfte, die keine reale Steigerung der Lebenshaltung brachte. Die Arbeitslosen haben heute nur einen Trost: Geradezu unbeschreiblich wäre das Elend, wenn nicht die Gewerkschaften imstande wären, das Lohnniveau zu halten, und wenn nicht die Millionen Arbeitslosen durch die Erwerbslosensicherung immerhin noch eine gewisse Marktlautkraft erhielten. Dann wäre diese Zeit des wirtschaftlichen Krises nicht die schwarze Schicksalsstunde, sondern die Lebensstunde der Arbeiterschaft, und die zeitgenössischen Schiedsverfahren aus den Jahren nach den napoleonischen Kriegen gäben etwa eine Vorstellung davon, was die europäische Arbeiterschaft heute zu erdulden hätte ohne die Gewerkschaften und ohne die Stütze der sozialistischen Organisationen.

Veränderungen in der Arbeiterversicherung.

Die Arbeiterversicherung ist ein Gebiet, das nie zur Ruhe kommt. Die Gesetzgebungsmaschine hat es gerade auf sie abgesehen und immer wieder kommen Änderungs- gesetze und Novellen zur Reichsversicherungsordnung. Es vermag fast keine Reichstagsperiode, die nichts neues auf diesem Gebiete bringt. Auch jetzt ist man wieder mit Änderungen in der Arbeiterversicherung zu schaffen. Diese neuen Änderungen sind teils schon angenommen und haben bereits Gesetzeskraft, teils handelt es sich noch um Gesetzesentwürfe. Bei der Wichtigkeit, die gerade in den heutigen Zeiten der wirtschaftlichen Notlage die Arbeiterversicherung besitzt, ist es im Interesse der Versicherten notwendig, auf diese Neuerungen etwas näher einzugehen.

Im Reichsgesetzblatt vom 20. Mai 1926 ist das „Gesetz über Änderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vom 22. Mai 1926“ veröffentlicht. Dieses neue Gesetz bringt eine Reihe von Verbesserungen, sondern eher Verschlechterungen. Es bringt Neuerungen in den Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen und setzt die Zuständigkeit der Schiedsinstanzen für Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen neu fest. Durch die neue Verordnung werden auch sehr wichtige Bestimmungen aufgehoben, die im Oktober 1925 geschaffen worden sind. Es sind dies Bestimmungen, die den Ärzten zur Pflicht machen, bei der Behandlung und Arzneiverordnung für Vollständig der ärztlichen Sparsamkeit zu achten. Es kann leicht der Fall eintreten, daß durch die Aufhebung dieser „Sparvorschriften“ den Kassen neue und erhöhte Kosten entstehen. Eine weitere Verschlechterung bringt das neue Gesetz infolgedessen, daß die Kassen den Unternehmern, die mit der Beitragszahlung im Rückstand sind, nicht mehr 10 vom Hundert des Beitrages wöchentlich als Verzugszinsen anrechnen können, sondern nur noch einen Zuschlag in Höhe des ordentlichen Beitragsjahres für Verzugszinsen. Wir sehen also, daß dieses Gesetz vom 22. Mai 1926 nur Verschlechterungen bringt. Das neue Gesetz ist bereits mit dem 1. Juni 1926 in Kraft getreten.

Die zweite Änderung der Arbeiterversicherung ist für die Versicherten noch einschneidender. Es handelt sich allerdings vorläufig nur um einen Gesetzesentwurf, dessen Annahme aber nur noch eine Frage der Zeit ist. Es ist dies der Entwurf eines Gesetzes über „Maßnahmen nach der Reichs-

Der ist mir der Freund, doch auch den Feind kann ich nützen: Reigt mir der Freund, was ich kann, lehrt mich der Feind, was ich soll.

Die Gelei.

II.

Eine feine Ausstellung haben unsere Gewerkschaften hergerichtet unter der Führung des ADGB, zum erstenmal zeigen die Gewerkschaften ihr Streben, ihre Erfolge in diesem Umfange, in dem Rahmen einer solchen Ausstellung. Vereingelt waren Gewerkschaften wohl auch schon an andern Ausstellungen beteiligt, so die Bauarbeitergewerkschaften durch die sozialistische Abteilung des ADGB, an der internationalen Kaufmannsausstellung in Leipzig, wo ihre Leistungen durch eine goldene Medaille anerkannt wurden. In der Abteilung „Arbeits- und Gewerkschaften“ der Gelei, wo die deutsche Gesellschaft für Gewerkschaftslehre, das Reichsgewerkschaftsamt sowie Unternehmerräte und Gewerkschaften eine Ausstellung errichtet haben, die der Unfallverhütung gewidmet ist, finden wir auch wieder die für den Bauarbeiterstand tätigen Gewerkschaften auf dem Plan. An einem nach dem großen Feiertagsbau des ADGB-Diskussionsjahres in Hamburg angelegten Modell wird alles gezeigt, was an einem Saal- und Treppenhof für die Sicherheit des Arbeitens notwendig ist. Auch die Berufsgenossenschaften haben ein sauber hergerichtete Vernehmmodell ausgestellt. Aber hier ist alles so zentralisiert und so klar, wie es an einem Saal, selbst am allerhöchsten Feiertag nicht, ausfällt. Dagegen entspricht das von den Gewerkschaften ausgeteilte, außerordentlich sorgfältig durchgearbeitete Modell mehr der Wirklichkeit. Die in die Praxis umgesetzte Theorie der Berufsgenossenschaften möchte man es nennen. Das verwendete Holz ist nicht so sauber und glatt gehobelt, es liegt hier und da auch mal ein Stück Holz herum, als sei es beim Arbeiten oder Ausschalen beiseitegelegt oder als liege es bereit, um demnächst verwendet zu werden. Nebenfalls haben die Gewerkschaften auch hier Hervorragendes geleistet.

Aber die allgemeine Ausstellung des ADGB ist dennoch etwas Besonderes. So recht im Mittelpunkt des Ausstellungsplatzes, an der Rheinseite, ist sie in einem eigenen, nach den Plänen des Ratmeisters Max Laut, erbauten

Saale untergebracht. Dies Saal, in seinen äußeren Formen den übrigen Gebäuden eingeschrieben, hebt sich durch seine Konstruktion in Glas, Eisen und rotgeleitetem Beton so wirkungsvoll von dem Weiß der übrigen Ausstellungsbauten ab, daß es zu den schönsten Gelei-Bauten gerechnet werden muß. Auf dem Dach weht eine rote Fahne mit schwarz-rot-goldener Ecke. Das tut gegenüber dem sich hier und da vordrängenden schwarz-weiß-rot besonders gut.

Beim Eintritt in die Halle zieht zuerst ein eigenartiger Brunnen die Aufmerksamkeit auf sich. Als der Besucher hinter den Brunnen zu sehen Gelegenheit hatte, wurde noch daran gearbeitet. Als ein Körperhaft dargestelltes Diagramm stellt dies Schaustück sinnvoll das Zusammenwirken der in dem ADGB vereinigten Gewerkschaften dar. Auf einander gleichlaufenden Kreisen lesen wir die Namen der Gewerkschaften. Eine jede wird noch durch eine große, gelblich glänzende Kugel besonders bezeichnet. Durch ein System von Röhren, das alle Gewerkschaften miteinander zu verbinden scheint, fließt Wasser in ein großes Brunnenbecken, so gleichsam auf das Gemeinsame aller gewerkschaftlichen Streben hindeutend. In den Hallen und Kojen des zweistöckigen Hauses findet der Besucher dann einen eindrucksvollen Liederklub über die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Spitze von der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands bis zum ADGB unserer Tage, sowie der Gewerkschaften überhaupt; alles durchgeführt in einer künstlerisch hervorragenden Darstellung. Gest an die einzelnen Abteilungen durch: die der Textilarbeiter, der Metallarbeiter, der Zimmerer, der Maler, der Dachdecker, die unseres Bauergewerksbundes nicht zu vergessen, so bietet jede Gewerkschaft Eigenes; so beispielsweise die farbliche Reihe wertvoller Fachzeitschriften des Solgarbeiterverbandes. Der Verband der Holzgewerkschaften und Gewerkschaften zeigt uns wieder die Arbeiter, die Arbeiter und Wohngelegenheiten der Arbeiter. Wir denken dabei an jene unserer Bauhütten und Großfabriken, zum Beispiel an jene unserer Bauhütten für die Arbeiter und der Holzgewerkschaften, die auch dieser Verband für die Arbeiterarbeiten wie für das Allgemeinwohl erungen hat. Einige sehr schöne Bilder und Modelle von Werks- und Gewerkschaftsbauern, zum Beispiel aus Hamburg und Leipzig, zeigen uns auch auf diesem Gebiete die Möglich-

Bei allen Gewerkschaften sehen wir trotz aller Widrigkeiten ein erfreuliches Wachsen, eine Zunahme ihrer sozialen Leistung wie ihrer Kampferfolge. Der Alltag läßt uns manchmal vergessen, aus welch mühseligen Anfängen die Gewerkschaften zu ihrer heutigen Bedeutung hervorgegangen sind. In Krisenzeiten haben alle wiederholt ein Stück des Weges wieder zurückgehen müssen, zu neuem Strauß und größerem Aufschwung. Immer neue Waffen haben sich um das Gewerkschaftsbanner geschart und damit ist der gewerkschaftliche Einsatz im öffentlichen Leben immer stärker geworden. Ob die Gewerkschaften einer derartigen Ausstellungspropaganda bedürfen? — Gewiß, ihr Werkfeld ist der Kampf um die Lebensbedingungen, die Solidarität, die Zusammengehörigkeit überhaupt. Wahrscheinlich wird auch nur ein kleiner Teil der Ausstellungsbesucher als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen sein. Demgegenüber kann es der Arbeiterkampf nur nützen, wenn das Wesen ihrer wirtschaftlichen Vertretung, eben der Gewerkschaften und ihrer Spitze, des ADGB, auch solchen Kreisen nähergebracht wird, die von den Gewerkschaften kaum mehr als den Namen kennen. Kartellorganisation finden die Gewerkschaften und bleiben sie; dafür sorgen schon die harten wirtschaftlichen Tatsachen. Vielleicht erleben wir einmal eine gewerkschaftliche Ausstellung, in der das gewerkschaftliche Wirken durch den ADGB, in noch größerer Einseitigkeit zum Ausdruck kommt. Volzzeiten bedürfen alle Gewerkschaften gleichermaßen. Zeiten des Aufschwungs, Aufstiegsgefühle liegen für die einzelnen Gewerkschaften nicht allzuweit auseinander. Die im großen und ganzen parallele Bewegung brauchte sich nicht vor Kojen zu Kojen, wenn auch unterschiedlich dargestellt, zu wiederholen. Schließlich ist eine derartige Ausstellung ja kein Wettbewerb der Gewerkschaften untereinander, sondern in dem Rahmen einer Veranstaltung, die die Gelei soll sie der allem die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes zeigen, wobei natürlich auch die Einzelgewerkschaften oder der Einzelberuf, womöglich nach Industriegruppen gegliedert, nicht zu kurz zu kommen braucht. Aber das sind Zukunftserwägungen. Unsere gegenwärtige Ausstellung wird davon nicht berührt. Sie darf in jeder Hinsicht als eine hervorragende Leistung angesehen werden. Wie sie bringt, hat und überzeugend bewirkt zum Beispiel aus dem großen Wandbild im Oberstübchen der Gewerkschaftsbauern. In einfachen klaren Figuren zeigt es eine

versicherungsbild und dem Angestelltenversicherungsgesetz. Durch dieses Gesetz soll das sogenannte „Soziale Wahljahr“ eingeführt werden. Alle Wahlen zur Arbeiter- und Angestelltenversicherung (Vorstand, Ausschuss usw.) sollen für alle Versicherungsträger in einem Jahre stattfinden. Außerdem soll die Wahlzeit für alle ehrenamtlich in der Sozialversicherung tätigen Personen, die augenblicklich 4 Jahre beträgt, einheitlich auf 5 Jahre hinausgesetzt werden, also um 1 Jahr verlängert werden. Die Amts- oder augenblicklichen Inhaber von Ehrenämtern soll bis zum Schlusse des Jahres 1926 laufen. Im Jahre 1927 würden dann überall die Neuwahlen stattzufinden haben; die im nächsten Jahre neugewählten Vertreter würden dann bis Ende des Jahres 1931 amtierend. Soweit seit dem 1. Januar 1925 bereits Neuwahlen stattgefunden haben, sollen diese nicht wiederholt werden. Die Wahlzeit für diese Vertreter soll ebenfalls erst im Jahre 1931 enden. Die Sache würde dann also so sein, daß alle im Jahre 1925 neugewählten Vertreter ebenfalls bis zum Ende des Jahres 1931 im Amte bleiben, ihre Amtszeit also 7 Jahre innehaben. Ob diese Zusammenlegung aller Wahlen in ein Jahr für die Versicherten — und dies muß doch bei allen Neuerungen unsere erste Frage sein — von Nutzen ist, kann man heute noch nicht sagen. Es heißt aber durch die Neuerung zu erwarten, daß dann die Wahlen in das politische Fahrwasser hineingeführt werden. Es würden dabei nicht nur die freigewerkschaftlich organisierten Versicherten sich mit mehr Eifer als bisher um diese für sie doch so wichtigen Angelegenheiten kümmern, sondern auch die andern Verbände, die „Nicht-Gewerkschaften“ würden diese Neuerung mit Freude begrüßen, um durch sie mit mehr Aussicht auf Erfolg als bisher einen Einfluß in der Arbeiterversicherung zu erlangen. Es ist also sehr fraglich, ob der neue Gesetzentwurf, dessen baldige Annahme sicher ist, Vorteile für die Versicherten bringt.

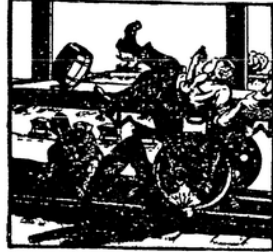
Weiter liegt ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes vor, der nichts als Verschlechterungen für die Rentenempfänger der Invaliden- und Unfallversicherung vorsieht. Allerdings dürfte es noch fraglich sein, ob der Entwurf in der vorliegenden Fassung Annahme findet. Ein näheres Eingehen auf den Entwurf ist jedoch erforderlich, um die Versicherten aufmerksam zu machen auf das, was vorgeht. Eine redaktionelle Wässerung bringt der Entwurf dadurch, daß der Ausdruck „eheliche“ und „uneheliche“ Kinder weggelassen soll, und dafür nur „Kinder“ gesetzt werden soll. Es ist dies eine Selbstverständlichkeit; denn der Artikel 121 der Reichsverfassung sieht ausdrücklich vor, daß „den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung“ geschaffen werden sollen, wie den ehelichen Kindern. Eine ganz minimale Verbesserung sieht der Entwurf infolgedessen vor, als bei den Unfallrentnern die Kinderzulage für solche Kinder, die noch nach Vollendung des 15. Lebensjahres eine Schule besuchen usw. bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres der Kinder, gegenüber bisher bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, gewährt werden soll. Derselbe Erweiterung ist vorgesehen für die Kinder, die aus der Unfallversicherung Renten erhalten. Einen großen Nachteil sieht der Entwurf aber in der Invalidenversicherung vor. Nach den heute geltenden Bestimmungen erhalten die Invalidenrentner für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahre Kinderzulagen zu ihren Renten. Ebenso wird bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gewährt. Der Entwurf will dieses Alter von 18 Jahren auf 15 Jahre (wie es in der Unfallversicherung schon heute ist) herabsetzen. Dies würde für die Rentenempfänger natürlich eine Verschlechterung bedeuten. Als Entschädigung dafür sieht der Entwurf vor, daß bei Kindern, die mit Ablauf des 15. Lebensjahres ihre Schul-

Unfallversicherungsbild der Ziebau-Berufsgenossenschaft

Falsch



Falsch



Nicht auf Gleisen ausruhen!

ausbildung noch nicht vollendet haben, die Rente weiter bis längstens zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden soll. Für Kinder, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht in der Lage sind, sich selbst zu unterhalten, soll die Rente auch über das 15. Jahr hinausgezahlt werden, und zwar solange, als der Zustand anhält.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist jedoch für alle Versicherten eine andere Bestimmung des Gesetzentwurfs. Nach den alten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung von 1914 war es nicht anständig, daß ein Versicherter nebeneinander Unfall- und Invalidenrente bezog. Es wurde da ein Teil einer Rente gestrichen. Diese Bestimmung ist dann durch die Einführung des Vororgans der organisierten Arbeiterschaft später gestrichen worden, so daß nach den heutigen Bestimmungen ein Versicherter Unfall- und Invalidenrente nebeneinander beziehen kann. Diese Erregungssache, die die Rentenempfänger ja immer noch nicht zu reichen Renten macht, soll durch den neuen Gesetzentwurf wieder beseitigt werden. Es sollen nicht mehr beide Renten voll nebeneinander gezahlt werden, sondern es soll ein Teil der einen Rente auf die andere angerechnet werden. Dasselbe soll bei den Kinderzulagen und auch bei den Witwen- und Waisenrenten ebenfalls gelten. Wir sehen also, daß der neue Gesetzentwurf ziemlich einschneidende Verschlechterungen für die Rentenempfänger vorsieht. In den sogenannten Nebengesetzen wird gesagt, daß die An-

rechnungen beider Arten von Renten auch für die schon laufenden Fälle gelten sollen.

Wir haben erwähnt, daß das Zustandekommen des Entwurfs noch fraglich ist. Bei der Zusammenlegung unserer Gesetzgebungsorgane braucht man sich jedoch nicht zu wundern, wenn der Entwurf in der vorliegenden Fassung angenommen wird. Es werden deshalb alle Mittel benutzt zu verfrachten. Die Gewerkschaften werden stets für eine Verschlechterung der Rentenempfänger einsetzen und eine beschleunigte Schlichterung der Arbeiterkammern mit allen Mitteln betreiben.

Von den notleidenden Agrariern.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer bekämpfen den dem Wirtschaftsjahr 1925/26, daß es eines der trübseligsten der Nachkriegszeit sei. Seltener seien die Einnahmen so gering gewesen, wie dies Jahr. Daß diese Befürchtungen, geteilt der ständig geübten Praxis der Interessenvertretungen der Landwirte, wiederum übertrieben dargestellt werden, zeigt folgende Aufzählung:

Im Wirtschaftsjahr 1924/25 sind nach einem Bericht der Preussischen Landwirtschaftskammer, der sich auf die amtliche Statistik stützt, 2.427.632 Tonnen Weizen und 572.868 Tonnen Roggen geerntet worden. Nach den Schätzungen der landwirtschaftlichen Unternehmer und ihrer Organisationen sind mündlichen des Halle der Ernte wegen der Bednot sofort beräußert. Wir wollen diese Behauptung einmal als wahr unterstellen und nehmen deshalb an, daß von der gesamten Erntemenge 1.213.816 Tonnen Roggen innerhalb der Monate September, Oktober und November 1924 verkauft wurden. Legt man den 1. September, den 1. Oktober und den 1. November als Stichtag zugrunde, ergibt sich für Weizen ein Durchschnittspreis von rund 216 M je Tonne und für Roggen ein solcher von rund 200 M je Tonne. Nach diesen Durchschnittspreisen sind für die 1.213.816 Tonnen Weizen 262.151.236 M und für die 572.868 Tonnen Roggen 114.573.600 M, zusammen also 376.724.836 M vorzuzahlen werden. Für die übrige Erntemenge (1.213.816 Tonnen Weizen und 2.504.934 Tonnen Roggen) legen wir einen Durchschnittspreis zugrunde, den wir aus den Preisnotierungen vom 1. Dezember 1924, 2. Januar 1925, 1. Februar 1925, 1. März 1925, 1. April 1925 und 1. Mai 1925 errechnet haben. Er beträgt für Weizen 246 M je Tonne und für Roggen rund 230 M je Tonne. Danach sind für Weizen 295.598.736 M vorzuzahlen worden. Die Gesamtsumme aus der Weizen- und Roggenernte des Wirtschaftsjahres 1924/25 macht die Summe von 1.792.004.612 M aus.

Nun zum Wirtschaftsjahr 1925/26. Nach Angaben, die ebenfalls von der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer stammen, wurden in diesem Wirtschaftsjahr 3.217.206 Tonnen Weizen und 8.063.852 Tonnen Roggen geerntet. Wir ziehen auch hier in Betracht, daß 50 % in den Monaten September, Oktober und November verkauft wurden. Das ist eine Menge von 1.608.603 Tonnen Weizen und 4.031.441 Tonnen Roggen. Der Durchschnittspreis beträgt dann, wenn wir wieder die Notierungen vom 1. September, 1. Oktober und 1. November zugrundelegen, für Weizen rund 210 M je Tonne und für Roggen 152 M je Tonne. Bei solchen Durchschnittspreisen wurden für die Hälfte der Weizenernte 337.812.980 M und für die Hälfte der Roggenernte 612.779.032 M, zusammen also 950.592.012 M eingezahlt. Für den anderen Teil der Ernte des Wirtschaftsjahres 1925/26 haben wir aus den Notierungen vom 1. Dezember 1925, 2. Januar 1926, 1. Februar 1926, 1. März 1926, 1. April 1926 und 1. Mai 1926 einen Durchschnittspreis für Weizen von rund 259 M und für Roggen von 156 M je Tonne errechnet. Die Einnahmen betragen demnach für Weizen 418.685.941 M und für Roggen 628.904.786 M, zusammen also 1.047.590.727 M. Der Gesamtüberschuss der

heßere Frauengestalt mit ausgebreiteten Armen. Nicht strömt aus ihren Händen. Zu ihrer Rechten ein älterer, einen jüngeren ein Mann hinterhält, ihn besprechend und aufläuternd. Zu ihrer Linken ein Arbeiter, einen andern, hinstellend, stützend und aufrichtend; ein vollendetes Sinnbild der Solidarität, des Brüdergeistes. Das Bild wäre wert, die Ausstellung zu überleben und den Sitzungsraum des DGBW zu schmücken.

Das Gefolge wäre sehr unvollständig, wenn die Gewerkschaften nicht ausgestellt hätten. Ohne die Gewerkschaften gäbe es eine Ausstellung, die nicht als Sozialversicherung, Unfallversicherung, öffentliche und privater Wohlfahrtspflege besteht, erst geworden als eine Folge der gewerkschaftlichen Arbeit, auf das Drängen der sozialistischen gewerkschaftlich vertretenen Arbeiter, Angestellten und Beamten? Nur wo in den Gewerkschaften möglich ist, ihre Vertreter in die Delegiertenklassen, in die sozialen Versicherungsbehörden zu entsenden, da gelingt es, wenn auch oft nach Überwindung großer wirtschaftlicher und anderer Schwierigkeiten, die Erzeugnisse der ärztlichen Forschung weitesten Kreisen erst wirklich dienlich zu machen und dadurch den Boden für die weitere Forschung zu bereiten. Wenn die Forschungsarbeit könnte sich gar nicht in dem heutigen Maße entfalten, wenn die besseren Schulungsmöglichkeiten ein Privilegium der Westenden blieben. Ebenso steigt der soziale Einfluß mit dem Einbringen gewerkschaftlicher Vertreter in andere öffentliche Ämter, in das Arbeitsnachweesen, in die Gewerkschaftsämter, die Beratungsstellen, in die Wohlfahrtsstellen, die Laienvereinsarbeit, in alle Ämter öffentlichen Selbstverwaltung, Nachsorge und Gesetzgebung. Ein großer Teil dessen, was es unter irgend einem Namen an privater Wohlfahrtspflege und Fürsorge gibt, ist doch eigentlich erst ins Leben gerufen, damit es der Anziehungskraft der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken, ihr den Schwund absperrten soll. Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn wir die Gewerkschaftsbewegung als den Hauptantriebspunkt aller sozialen Geschehnisse rühmen. Ihr Einfluß wird um so stärker werden, je mehr sich die Werttätigen ihren gewerkschaftlichen Organisationen zuwenden und je fester sie zu ihnen stehen. Allein der gewerkschaftliche Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen gibt die Gewißheit, daß einmal alles das Wirklich-

keit werde, was uns die Gefolci für die Volkswirtschaft, für die Volksgesundheit als durchführbar in so reichhaltiger Weise vor Augen führt. Ohne diesen Kampf bliebe die Wohlfahrtspflege Sippgut, eine ewige Quasialberei; erreichte sie nie eine Gesundung des Volkstörpers, trotz aller aufopferungsbereiten Menschliche; trotz ehrlichster sozialfürsorglicher Gesinnung, die man ihren Trägern durchaus nicht in Kauf und Wogen abprechen darf. Was ist der Kampf um den Wohlfahrtsbeitrag anderes, als ein Kampf um die Erhaltung der Arbeitskraft, um ihre größtmögliche Leistungsfähigkeit, um die nötige freie Zeit, die der Arbeiter braucht, um den Segnungen der Kultur teilhaftig zu werden. Immer wieder verlangt das Unternehmertum verärgerte Arbeitszeit, trotz ungeheurer großer Arbeitslosigkeit. Diesen Streifen das Kulturgetriebe zu schärfen, das ist ein wichtiger Zweck der gewerkschaftlichen Ausstellung. Deshalb war die Teilnahme des DGBW, der Gewerkschaften, an der Ausstellung unabweisbar und die Gewerkschaftsmitglieder dürfen stolz sein; denn ihre Ausstellung ist ein voller Erfolg. Würdte es recht vielen Gewerkschaften bergangen sein, sie zu sehen.

Neben ihrem wissenschaftlichen enthält die Gefolci auch einen nicht minder gut ausgestatteten unterhaltenden Teil. Auch eine Gefolci kann einen derartigen Nebenbetrieb nicht entbehren. Soll sie doch möglichst viele sehr hohen Hosten selbst decken, und da muß auch sie, wie wohl jede andere große Schau darauf bedacht sein auch in dieser Hinsicht ein Anziehungspunkt für Besucher zu werden. Was nach dem ersten Entfalten, das in der Gefolci auf ihn einwirkt, das Bedürfnis hat, innerlich durch frohe Stunden wieder ins Gleichgewicht zu kommen, der findet hier voll auf seine Rechnung, vorausgesetzt, daß seine Zeit und sein Geldbedürfnis nicht zu knapp bemessen sind. Die Einzelheiten hier anzuführen, von dem großen Konzertplan bis zum Hauptrestaurant, durch das Musiktheaterium — so ist ein Stellenblatt benannt —, über die Musikergesellschaft und den Theater, Kabarett, Liederklub, Wurstklub und was noch alles es für Herrlichkeiten auf diesem einzigartigen Anmeldeplatz geben mag, erübrigt sich. Nichts fehlt in diesem Betriebe, selbst lebenswichtige Loserklärungen nicht, die jedem, wo er geht und steht, empfehlen, seinen Danks zu röhren, um sich einen Gewinn von 5000 M, oder sind es noch mehr, sofort zum mitnehmen, nicht entgegen zu lassen. Und will sich der Besucher, müde

gefaßen, schnell und ohne große Mühe zu irgendeinem der Hauptberührungspunkte der Ausstellung, vielleicht zum Ausgang begeben, oder er hat beim Eintritt in die Ausstellung die sehr empfehlenswerte Müdigkeit, erst einmal ihren Umfang kennenzulernen, so steht ihm dazu eine Zwerg-eisenbahn zu Diensten. Ein bis auf etwa 3 m Länge, 1 1/2 m Höhe und 1 m Breite berringeres, getreues Abbild einer neuesten Schnellzuglokomotive zieht faudend und dampfend auf 88 cm breiter Schienenpur eine Reihe vierhücker Wagen hinter sich her, teils sind sie offen, teils mit einem Sonnenjagel bedeckt. In einem achtungsvollen Tempo herbeidert das Hügeln der Ausstellungsbesucher begnügt, sicher und schnell um die Ausstellung herum, ja sogar darunter durch und quer hindurch, hellenweise sehr gute Ueberblicke über das Ausstellungsgebiet bietet.

Zum Schluß ein feiner Nachtrag. In einer äußerst sehenswerten Sonderchau zeigt der deutsche Brauerbund, wie unter sorgfältiger Berücksichtigung hygienischer Ansprache Bier gebraut wird. Das hat die Frage aufzuwerfen lassen: was hat die Gefolci mit der Zubereitung von Alkoholika zu tun? Der Genuß von Bier, alkoholfreien Getränken überhaupt, ebenso wie der von Mosten, hängt mit der Gesundheitspflege jedenfalls nur sehr lose zusammen. Genuß gibt es Leute — es braudnen durchaus keine Söffel oder Serientaugler zu sein — deren leibliches Wohlbefinden ohne diese Stimmungsmittel unvollkommen bliebe. Das liegt an ihrer Gewöhnung an Zabal und alkoholische Getränke und nicht an gesundheitsfördernden Eigenschaften dieser Dinge. Als Wohlstand wird man das Biertrinken auch nicht gut anpreisen können. Bier und bergeleihen wird nur einmal noch in großen Mengen verbraucht; auch in den Cafés der Gefolci. Und so mag es von Nutzen sein, der Allgemeinheit zu zeigen, wie diese Sachen entstehen. Daß der Ausstellungsbesucher gewisse, aus ihrem eigentlichen Rahmen herausfallende Veranstaltungen nicht entbehren kann, darauf ist schon hingewiesen. Und in ihrem Hauptzweck, der hygienischen Volksbelehrung wird sie dadurch nicht im mindesten verfehlt. Würde die auf der Gefolci so überreichlich ausgetretene Saat dem ganzen Volke, besonders seinem auf Lohn und Gehalt angewiesenen Teile, gute Früchte tragen. Würde die Zeit nicht so fern sein, da Volksgesundheit und Volkswohlfahrt nicht mehr in Ausstellungen gezeigt zu werden brauchen, weil sie Wirklichkeit geworden sind.

Weizen- und Roggenernte des Wirtschaftsjahres 1925/26 beträgt 1.906.182.705 M.

Bei dieser Gegenüberstellung ist zu beachten, daß die angegebenen Erntemengen durch Schätzungen festgestellt sind und so in der amtlichen Erntestatistik veranschlagt werden. Es ist fast unbestritten, daß die tatsächlichen Ernterträge um ungefähr 20 Prozent höher sind, als dies in der amtlichen Erntestatistik dargestellt wird.

Gegenüber dem ebenfalls erhobenen Einwand, daß die Landwirte nicht alles Getreide in Geld umsetzen, ist zu sagen, daß der Wertbegriff der gleiche bleibt, egal, ob das Getreide den Zweck erfüllt, die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung zu ernähren oder zur Fütterung und Wärfung des Viehes dient. Weist das Getreide auf dem Produktionswege durch den Tiermann, wie ein bekannter Ausdruck lautet, dann wird in der Regel das Getreide noch besser verwertet, als dies bei dem direkten Verkauf der Fall ist.

Nach unserer Berechnung liegt fest, daß die deutsche Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1925/26, das, wie bereits gesagt, das frohlooseste der Nachkriegszeit sein soll, 200 Millionen Mark allein bei dem Weizen und dem Roggen mehr vereinnahmt hat als in dem Wirtschaftsjahre zuvor. Die Mehreinnahme erklärt sich aus der immer wieder außer acht gelassenen Tatsache, daß wir im letzten Wirtschaftsjahre eine Ernte hatten, die die des vorhergehenden um ein beträchtliches übersteigt. Es wird vielleicht noch eingewendet werden, daß bis zum 1. Mai die gesamte Ernte noch nicht bearbeitet ist und man noch nicht wissen kann, wie sich die Preise nach dieser Zeit entwickeln. Dazu ist zu sagen, daß nach allen bisherigen Erfahrungen die Erntemengen, die nach dem 1. Mai veräußert werden, zum mindesten das Maß bringen wie in der Zeit vor diesem Termin.

Bei einer Mehrereinnahme von 200 Millionen Mark in einem Wirtschaftsjahre entfällt für die landwirtschaftlichen Unternehmer die Berechtigung, ihre Betriebe als besonders nützlich hinzustellen. Laut sie es trotzdem, dann beweisen sie damit, daß sie eine Extrawurst gebacken haben wollen.

Das Ergebnis der Lohnsteuererleichterungen.

Von Erich Rinner.

Seit einiger Zeit hat sich der gewerkschaftlichen Meinungsarbeit ein neues wichtiges Gebiet eröffnet: die Lohnsteuererleichterungen. Vor etwa einem Jahre brachte das Steuererleichterungsgesetz zum ersten Male Bestimmungen über die Erleichterungen von Lohnsteuer bei Verdienstaufschlag wegen Betriebslosigkeit, Krankheit usw. und über die Erleichterungen bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse. Diese Bestimmungen sind auch in das neue Einkommensteuergesetz übernommen worden. Als dann aber die Erleichterungsanträge in viel größerer Zahl einliefen, als erwartet wurde, stellte sich heraus, daß diese Bestimmungen nicht einfach genug waren. Auf sozialdemokratische Vorschläge hin wurde dann durch das Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer ein besonderes Bauverfahren eingeführt. Nachdem die Frist für die Einreichung der Anträge für das Jahr 1925 bereits am 30. April abgelaufen ist und die Mehrzahl der Erleichterungen erledigt sein dürfte, läßt sich jetzt ein Ueberblick über das Ergebnis der Erleichterungen gewinnen. Nach Angaben des Reichsfinanzministeriums sind im Laufe des letzten Jahres folgende Beträge erteilt worden:

Table with 2 columns: Year, Amount. 1925: Jan. 4.293.000 M., Febr. 6.771.000 M. 1926: März 11.051.000 M., April 9.314.000 M., Mai 8.840.000 M.

Demnach sind insgesamt 47.816.000 M., also fast 50 Millionen Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Die tatsächlichen Rückzahlungen dürften aber noch erheblich höher sein; denn die statistischen Angaben umfassen nicht die Erleichterungen wegen Betriebslosigkeit im Jahre 1924 und im Jahre 1925, soweit sie in den Monaten Oktober bis Dezember zurückgezahlt sind. Andererseits sind die Erleichterungen gegenwärtig noch nicht abgeschlossen, so daß noch im Juli Rückzahlungen vorgenommen werden können.

Das Erleichterungsergebnis ist in zweifacher Hinsicht beachtenswert. Es zeigt zunächst, daß es gelungen ist, die Lohnsteuer in einem wesentlichen Punkte zu verbilligen. Die Lohnsteuer ist die Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger; sie soll so einfach gestaltet sein, daß sie dem Unternehmer abgezogen werden kann und den Finanzämtern die Veranlagung von rund 15 Millionen Steuerpflichtigen erspart. Weil aber das Abzugsverfahren so einfach wie möglich sein soll, wird auf die besonderen Verhältnisse im einzelnen Fall nicht in gleicher Weise Rücksicht genommen, wie bei der Einkommensteuer. Hat man doch den ersten Steuerabzug sogar ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens und des Familienstandes gleichmäßig von allen Arbeitern mit 10 % vorgenommen. Erst später ist die Freizahlung des Existenzminimums und der Familienverhältnisse hinzugekommen. Und erst in diesem Jahre ist es gelungen, im Wege der nachträglichen Erleichterungen die vollen Ermäßigungen in allen Fällen zu gewährleisten.

Die Lohnsteuer wird noch weiter zugunsten der Volksmasse ausgebaut werden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit dieses Jahres wird erst bei den Erleichterungen zu Beginn des nächsten Jahres voll berücksichtigt werden können. Die Fülle an Arbeit, die sich daraus ergibt, muß so weit wie möglich durch weitere Vereinfachung des Verfahrens vermindert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen; sie hat bereits dem Reichsfinanzministerium Vorschläge und Anregungen unterbreitet, die zum Teil bereits in der Vorberatung der Untertanen und des Stellen der Anträge, sowie auf die Befreiung der Ausarbeiter bezogen. Insbesondere wird in Zukunft größeres Augenmerk auf die Erleichterungen des steuerfreien Lohnbetrages gelegt werden müssen, wodurch sich eine große Zahl von Erleichterungen zum Teil erzielen werden.

Das Ergebnis der Erleichterungen ist nicht zuletzt der Erfolg einer einflussreichen parlamentarischen Arbeit. In einem im Januar 1925 eingebrachten Antrag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum ersten Male die Einführung der Erleichterungen bei der Lohnsteuer gefordert und sie hat diese Forderung solange wiederholt, bis es ihr gelang, entsprechende Bestimmungen in das Steuererleichterungsgesetz und das Einkommensteuergesetz hineinzubringen. Es hat ferner Vereinfachungsvorschläge gemacht, als sich herausstellte, daß die gesetzlichen Bestimmungen zu schwierig waren.

Schon im November 1925 hat sie dem Reichsfinanzministerium solche Vorschläge unterbreitet, und es ist nur am Widerstand des Ministeriums gescheitert, daß die bereitgestellten Vorschläge nicht schon vor dem 1. Januar 1926, sondern erst Ende Februar erlassen worden sind.

Diese ganze parlamentarische Arbeit hätte aber nicht den Erfolg haben können, wenn sich nicht die Kreise und die Funktionäre der Gewerkschaften und der Partei für die Durchführung der neuen Bestimmungen eingesetzt hätten. Während die bestehenden Kreise lebendig waren, alle Entscheidungen der Steuerorgane nach Möglichkeit auszuweichen, kam es hier darauf an, die Arbeiterkräfte, die an den Vorarbeiten mit den Finanzämtern nicht gewöhnt ist, auf die Erleichterungsanträge aufmerksam zu machen und sie beim Stellen der Anträge zu unterstützen. Es ist jetzt keine leichte Arbeit gewesen, daß es schließlich gelungen ist, die Zahl der gestellten Erleichterungsanträge auf rund 3 Millionen zu bringen. Und dabei waren noch mannigfaltige Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, weil die Finanzämter auf eine große Zahl von Anträgen nicht eingewickelt waren. Wenn im nächsten Jahre die Erleichterungen für 1926 durchzuführen sind, ist zu hoffen, daß diese Schwierigkeiten nicht noch vorliegen. Das ganze Verfahren wird dann noch und noch reibungsloser zur Sache gehen und noch größere Erfolge zeitigen.

Berufsschulen und Gewerkschaften.

Vor einiger Zeit fand in Hamburg der Deutsche Berufsschulrat statt, zu dem sich ungefähr 1500 Teilnehmer aus allen Teilen des Reichs, Vertreter von Reichsministerien, der Länderregierungen, der Wirtschaft usw. zusammengefunden hatten. Es wurde reichlich viel geboten. Uns interessiert nur der Vorkursstoff. In öffentlichen Versammlungen wurden ganz Fragenkomplexe über Berufsschulung, Berufsarbeit, industrielle Menschenführung, Menschenkunde, Berufsberatung, Mischtechnik usw. behandelt. Daneben liefen besondere Vorträge für bestimmte Berufs- und Industriearten. Gedacht und vorbildlich im Aufbau gaben die Hamburger Berufsschulen in neun öffentlichen Aufstellungen Zeugnis von der Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit systematischer Berufsschulung.

Eine hochschulmäßige ging der Tagung der Berufsschulen voraus. In nicht weniger als 10 Vorträgen wurden die Berufsschullehrer aufgeklärt über die Beziehungen der Jugend zum Beruf, zum Staat und zum Recht, zur Idee der Gemeinschaft usw. Ferner wurden Fragen, wie die psychologischen Methoden in der Jugendkunde, psychologische Beobachtungen an jugendlichen Fortarbeitenden, intellektuelle Erörterung. Eine Stoffliste, deren Behandlung sich in die letzten selbstverständlich ungelöst bleiben mußte; die aber das Verständnis für die hohe Verantwortung der Jugendführung und -erziehung gefördert hat. An all dem läßt sich auch ermaßen, welche Unterhaltungsstunden in der Menschheits- und Jugendbildung früher begangen wurden. Den weitesten in Hamburg verammelten Berufsschullehrern wird die Unzulänglichkeit früherer Erziehungsmethoden in ihrer Auswirkung besetzt gewesen sein. Sie waren selber nur Interlanen, heute sind viele von ihnen Verkünder vornehmlicher Erziehungsmethoden; dem heutigen Staate, dem arbeitenden Volke aber stehen sie noch lange nicht alle Fronten entgegen. Deshalb muß die Arbeiterbewegung Ausbau und Erfolg weiter arbeiten können.

Schulfragen sind Nachfragen; das offenbar hat gelegentlich der Schuldebatten in den Parlamenten, das beweisen die Elternbesprechungen und das zeigen auch die Berufsschulen. Gerade das Berufsschulwesen kann ein Instrument gegen allen Fortschritt in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft sein. Nur in dem Maße, wie die Arbeiterbewegung durch die Gewerkschaften Einfluß gewinnt, wie sich die Gewerkschaften durch das Berufsschulwesen kümmern, wird aller Mischschritt abgewehrt und dem Fortschritt der Weg gebahnt. Geht verliert der Einfluß der Anningen in letzter Zeit an Boden in den Körperkassen, denen die Berufsschulen unterliegen. An ihre Stelle tritt aber die Industrie, deren Einfluß nur noch stärker, deren Wertever nur noch größerer sind. Und die Industrie hat vornehmlich in letzter Zeit in sehr gefährlichen Entschleunigungen an dem Problem der Berufsschulung Stellung genommen. Im bekanntesten und offensten sind die Wirtschaftskammer und die Wirtschaftskammer formuliert ihre Stellungnahme vor einigen Monaten folgendermaßen: a) den Staatsauftrag in der geforderten Höhe zu erfüllen; b) den Umfang der Berufsschulspflicht eingehendsten lediglich auf die durch Eignungsprüfung als begabt erachteten Schüler; c) die Lehrpläne durchzuführen und auf eine Einschränkung derselben hinzuwirken; d) lastfällige Mitglieder in die Schulverbände zu entsenden.

Es denken jene Herren über die Berufsschulen. Ein Beispiel und eine Warnung für die Gewerkschaften, die Berufsschulen nicht zu verzeihen.

Den Einberufen der Berufsschulrat ist ein arger Mißgriff widerfahren, daß man den den Internen sehr nahe stehenden Professor Dunmann den Vorsitz über das Thema Menschenkunde als Grundlage der Menschenführung wählte. Der Vortrag war eine Sammlung von Wortlauberien und hässlichen Bemerkungen über die Begriffe „Masse“, „Masseninstinkt“ usw., sie waren besetzt auf die Unterhandlung der Gewerkschaften und eine Mitredaktion der Gewerkschaftsbewegung. Aus den Leitfragen zum Vortrag des Herrn Dunmann seien folgende Gedanken herausgehoben: Die Menschenführung im wirtschaftlichen Betrieb steht unter dem beherrschenden Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Diese ist abhängig von der freiwilligen Eingliederung des Arbeiters in den Betrieb... Die ideologisch-gewerkschaftlich und parteipolitisch injizierte Waise bildet das größte Hindernis der Eingliederung des Arbeiters in den Betrieb. Die Ideologie kann im Betrieb nicht überwinden werden, auch nicht außerhalb des Betriebes. Die ideologischen Betriebsführer sind im Betrieb nicht überwinden werden, auch nicht außerhalb des Betriebes. Sie kann aber im Betrieb ausgeglichen werden durch das persönliche Vorbild und Beispiel der vorgehenden Betriebsleiter, für die jene Ideologie auch abtun eine Rolle spielt. Die Arbeit im Betrieb folgt ihren eigenen Gesetzen und Notwendigkeiten, nicht utopischen Zielen, die nur hinderlich sind. Und nur das Beispiel lehrt uns glauben.

Das Beispiel lehrt uns glauben, daß der Vortrag dieses Professors auf der Berufsschulung nicht am Platze war. Die Gewerkschaftsvertreter gaben, da eine Aussprache nicht vorgelegen war, eine schriftliche Erklärung zu dem Vortrag des Professors Dunmann ab, in der die schiefe Auffassung des Vortragenden richtiggestellt und gegen die bewusste Zurechtweisung über die Gewerkschaftsbewegung Protest erhoben wurde. Der Reichsverein der hauptamtlichen Lehrer der Deutschen Berufsschulen, der Träger dieser Tagung, mußte sich in Zukunft hüten, solche Leute zu Hauptrednern zu machen.

Der Vortrag des Professors Dunmann zeigt uns die Gefahren, die der Jugend in den Berufsschulen drohen. Die Berufsschullehrer sind bezeichnender Weise in ihrer Mehrheit bereit, Dunmann zu folgen. Die an praktischen Berufsschulen tätigen Lehrkräfte aber sollten davon überzeugt sein, daß die Erziehung zum Beruf, zum wirtschaftlichen Denken, zum gesellschaftlichen Handeln, zur vollen Hebung des Menschentums und wie alle die schönen Begriffe lauten, die in Hamburg erläutert wurden, ohne die Arbeiterbewegung und ihre Vertreter nicht möglich ist. Der Berufsschulrat in Hamburg hat eine Reihe Gefährdungen aus dem Kreise der Berufsschullehrer zusammengesetzt. Das ist so, daß zwischen ihnen und der Arbeiterbewegung besteht, muß enger geknüpft werden. Die Berufsschulen müssen sich in der Bearbeitung der Jugend werden. Nicht eine weltfremde Internerpsychologie soll dort gelehrt, sondern es müssen wertvolle Anregungen für das Leben und den Beruf vermittelt werden. Deshalb müssen Gewerkschaften und Berufsschullehrer zusammenwirken aus Liebe zur Jugend und zum Wohle der Arbeiterbewegung!

Die Rolle der russischen Gewerkschaften.

In Russland tobte vor einigen Jahren ein heftiger Kampf in den Gewerkschaften. Der Streit drehte sich um die Frage, ob die Gewerkschaften parteipolitisch, „antipolitisch“ oder ob ihnen freiere Entwicklungsrichtungen eröffnet werden sollten. Damals trat Trotski in den Vordergrund, sein Werk, das die Gewerkschaften nicht als Interessenvertretungen der Arbeiter auftraten können, weil der Staat selbst die Interessen der Werktätigen betreute. Die Gewerkschaften sollten daher ihres ursprünglichen Charakters entledigt und zu rein ausführenden Organen des Staates gemacht werden. Das Hauptargument der Gegner dieser These mit Lenin an der Spitze war, daß die Bureaucratierung der Gewerkschaften als Folge einer solchen Politik unter Umständen gefährliche und proletarischen Standpunkt aus unerwünschten Ergebnissen haben könnte. Lenin hat stets die Möglichkeit im Auge gefaßt, daß es nicht gelingen könnte, den proletarischen Charakter des Sowjetstaates in demselben Maße zu bewahren, wie in den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft. In diesem Fall aber, meinte er, würde es den Interessen des Proletariats höchst schädlich sein, wenn die Gewerkschaften in eine so völlige Abhängigkeit vom Staat geraten würden, wie Trotski es verlangte. Lenin setzte seine Auffassung in dieser Frage nach heftigen Kämpfen zwar auch durch; aber die russischen Gewerkschaften sind trotzdem dem Weg der Bureaucratierung gegangen. Diese Entwicklung war abzuwenden. Denn weil die Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit eine Diktatur der kommunistischen Partei war, so konnte auch die Gewerkschaftspolitik nicht demokratisch, sondern nur diktorisch geführt werden. Nur ein kleiner Bruchteil der Mitglieder der Gewerkschaften gehört der kommunistischen Partei an. Und die Interessen der Partei, die die Verantwortung für den Staat, für die Staatswirtschaft und für die Staatsindustrie trägt, müssen oft genug mit den Interessen der breiten Arbeiterbevölkerung in Gegensatz geraten. Infolgedessen muß dafür gesorgt werden, daß die Leitung der Gewerkschaften dauernd fest in den Händen der Partei liegt. Dies aber führt zu einer wachsenden Entfremdung der Gewerkschaftsmitglieder von der Gewerkschaftsleitung und zu einer zunehmenden Bureaucratierung. Das ist auch von den leitenden Kreisen der kommunistischen Partei längst erkannt worden, ohne daß es gelingt, wirksame Abhilfe zu schaffen.

„Die Gewerkschaftsvertreter laufen mit Altmappen aus einer Kommissionsitzung in die andere“, erklärte Komzki, der Vorsitzende der russischen Gewerkschaftszentrale, des russischen WZB, auf dem Parteitag im Januar dieses Jahres, jedoch kein einziger Gewerkschaftsvertreter, welcher Politik sie fort betreiben, es wird keine einheitliche Linie befolgt. Die „Politik“ der Gewerkschaften wird ausschließlich, nebeher, ohne jegliche Kontrolle festgelegt. Die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Festlegung von Produktionsplänen, Industriebeschlüssen und dergleichen beschränkt sich auf eine „Abstempelung“ der vorgelegten Schriftstücke. Die Gewerkschaftsorgane haben jede Verbindung mit den Arbeitermassen verloren. „Die Arbeiter, für die Tarifverträge geschlossen werden, wissen nicht, was man für sie vereinbart hat. Der Tarifvertrag ist für sie zumeist ein leeres Papier.“ Das hierdurch die Wirklichkeit der Tarifverträge hinsichtlich der Verbütung von Arbeitskonflikten fast gleich Null wird, ist ohne weiteres klar.

Es ist bemerkenswert ist, daß in letzter Zeit auch von führenden kommunistischen Persönlichkeiten immer wieder an die ursprünglichen Traditionen der Gewerkschaften erinnert wird: die Gewerkschaften der Gewerkschaften sei — man denke! — im Staat der proletarischen Diktatur — die Vertretung und Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. „In der Atmosphäre eines unternehmerischen beherrschenden Überwachungs, unternehmerischer Forttümer der Wirtschaftsborgane, müssen die Gewerkschaften die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterkraft übernehmen.“ so formulierte Komzki in seiner Kongreßrede diese Aufgabe, was ihm den Vorwurf des „Trade Unionismus“ eintrug. Diese Worte sind ein offenes Zugeständnis des ständig wachsenden Gegensatzes zwischen dem Staat als Zersplitterer und der Arbeiterbewegung. Eine Verjüngung der Wirtschaft unter der Arbeiterbewegung ist in den letzten Jahren unüberwindbar. In den Jahren 1924 und 1925 sind in der Sowjetunion mehrfach industrielle Streiks, von denen der größte Teil sogenannte „ wilde Streiks“ waren, gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung ausgedrungen, und zwar hervorgerufen, wie angegeben wird, durch die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsorgane gegenüber den Meinungen und Forderungen der Arbeiterbevölkerung. Die Art, wie die Gewerkschaftsleitungen dabei die Absichten und Forderungen



fallen allein 995 und auf die Baustellen 237 Kollegen. Verschleierte dieser treuen Pioniere waren 1892 bei der Gründung der Zentralorganisation beteiligt. Die Ortsverwaltung hatte der Jubilare für ihre treue Pflichterfüllung in gesunder Weise gedacht und zu Ehren der alten Kämpfer eine Gedenkfeier veranstaltet. Die Festrede hielt Kollege Raepflog, der beim Betreten der Rednertribüne förmlich begrüßt wurde. Er schilderte den Werdegang des Baugewerksbundes und besonders der Leipziger Organisation. Seine Rede war der Dank für die Organisationsstrategie und den Opfermut, den die Jubilare in Sturm und Drang bewiesen haben. Besonders hob der Redner die lebhafteste Mitwirkung der Leipziger Kollegen in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung hervor. Trotz des Sozialistens und des sächsischen Vereinsgesetzes, das nur Einzelmitgliedschaften gestattete, standen die Leipziger sofort an erster Stelle, als es Anfang der achtziger Jahre wieder möglich war, gewerkschaftliche Organisationen zu gründen. Die Leipziger Maurer sind auch in anderer Beziehung für die Bewegung sehr fördernd gewesen. Wesentlich hat sich der Zentralverband zur finanziellen Durchführung der Kämpfe an die Leipziger Kollegen gewandt, die auch ihre finanziellen Vermögen den im Kampfe stehenden Kollegen zur Verfügung stellten. Zum Schluß seiner Rede erwähnte Kollege Raepflog die alten Veteranen, weiter dem Wunde die Treue zu walten und noch viele Jahre den jungen Kollegen als Vorbild zu dienen. Gebiengene Musikvortritte und gut gelungene Gesangsdarbietungen sowie turnerische Vorführungen gaben dem Fest eine besondere Weihe. Nach Abwicklung des Programms kam der Tanz zu seinem Recht. Unsere Feier bewies, daß Kollegialität und Solidarität noch immer zu den besten Eigenschaften unserer Bundeskollegen gehören. Den jüngeren Kollegen möge das ein Ansporn sein, es den Alten gleichzutun. „Den Alten zur Ehr“, den Jungen zur Lehr!“

**Abbau. (Jubilärsfeier.)** Am 12. Juni veranstaltete unsere Baugewerkschaft zu Ehren unserer 20. Jubilare, die 25 bis 38 Jahre dem Deutschen Baugewerksbund und seinen Vorläufern angehören, in Waldorf eine Feier. Im Jahre 1897 wurde erstmalig in Abbau eine Abzweigung des Zentralverbandes der Maurer gegründet, die aber im Herbst 1898 von der Polizei aufgelöst wurde, wobei sie förmliches Eigentum beschlagnahmte. 1900 wurde erneut in Abbau und Neugersdorf eine Abzweigung ins Leben gerufen. Die sehr schwierige Organisationsarbeit wurde von unseren alten Kollegen betrieben. Am 9. August 1906 wurde in Neugersdorf der erste Tarifvertrag abgeschlossen. Im Jahre 1914 wurden Abbau und Neugersdorf zusammengelegt, 1916 kam die Abzweigung Oberriedersdorf hinzu. Kollege Zimmermann, Dresden, hielt die Festrede und schilderte eingehend die Entwicklungsgeschichte der Bauarbeiterbewegung. Er dankte den Jubilaren und ihren Frauen für die mühevolle Arbeit, die sie für die Organisation geleistet haben. Im Namen der Jubilare sprach Kollege Hoffmann den Dank für diese Ehre aus und gelobte in ihrem Namen, auch weiterhin für unsern Bund tätig zu sein. Ein Gesangs- und Musikvortrag, innererischer Tanz und Spiel wurde den Arbeitern nach ausgiebiger Pause nach dem Fest gegeben. Nach einem stillen Ganges wurde noch ein Ausflug nach dem Rotmarberg unternommen, wobei die Epresquelle besichtigt wurde. Die Feier wird den Beteiligten noch lange Zeit in Erinnerung bleiben.

**Meinungen. (Schriftliche Interne.)** Die Unternehmer der wirtschaftliche Not auszunutzen, zeigt der Unternehmer Markt in Schwächen. Wenn ich Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Erlangen, achtet aber nicht den Tarifvertrag. Bis nach Satzungen macht er Propaganda für Lohnabbau. Mit gutem Beispiel vorangehend, hat er auch schon „seinen“ Leuten 1/3 vom Stundenlohn abgezogen mit der Begründung, weil das Geschäft schlecht gehe und er sowieso schon mit Verlust arbeite. Er lasse überhaupt nur arbeiten, um die Leute zu beschäftigen. Dabei steht fest, daß Markt je Stunde für Gezellen 1,30 bis 1,40 M in Rechnung stellt. Also nahezu 100% Aufschlag. In dieser „außerordentlich schlechten Zeit“ hat sich der Unternehmer Markt ein Luxusauto zugelegt und sein Geschäft, in dem etwa 20 Mann beschäftigt sind, mehrere Tage geschlossen, um mit seiner Familie Deutschland zu bereisen. So sieht die Notlage der Unternehmer aus! Die Bauarbeiter aber mußten feiern; denn Arbeitsmöglichkeiten gibt es sonst kaum. Ohne Entlassungsscheine, bekamen also auch keine Erwerbslosenunterstützung. Auf Seiten der Bauarbeiter führt dieser Unternehmer ein Herrenleben. Der Arbeiter, dann steigt er auf die Straße. Der Unternehmer kommt auf dem Entlassungsschein gibt dann der Thüringer Syndikatsregierung auch die Handhabe, den Kollegen von der Gewerkschaftsunterstützung auszuschließen. Den Bauarbeitern in Schweina rufen wir zu: Wehnt Euch! Nur eine geschlossene Organisation kann die Unternehmer in die Schranken zwingen. Sorgt dafür, daß auch der letzte Bauarbeiter Mitglied des Baugewerksbundes wird. Dann werdet Ihr auch mit diesem Unternehmer fertig.

**Dieses. (Mittel Baudelegierte.)** In unserem Vereinsgebiet sind 98% der Maurer organisiert und haben damit anerkannt, daß die Zugehörigkeit zu unserm Bunde eine unbedingte Notwendigkeit ist. Leider ist aber der größte Teil der Kollegen der Meinung, das Zahlen der Beiträge schaffen schon, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Einzelne unorganisierte Kollegen haben sich in anderen Gebieten Sachdensen sogar Handlungen zuschulden kommen lassen, auf Grund deren dann niedrigere Löhne festgelegt wurden. Das beweist, daß nicht das Zahlen der Beiträge allein, sondern die ganze Einstellung der Kollegen gegenüber dem Unternehmertum mit dazu beitragen muß, um das zu erhalten, was im vorjährigen Kampfe mit schweren Opfern errungen worden ist. Jeder Kollege muß wissen, daß die Lohnfragen und unsere anderen Angelegenheiten sich nur gemeinschaftlich regeln lassen. Es muß also schriftlich beurteilt werden, wenn manchmal wirtschaftlich besterhandelte Bauarbeiter mit den Unternehmern niedrigeren Löhne vereinbaren. Solche Kollegen machen sich das Tarifgesetz schuldig und handeln somit gegen das Allgemeinwohl. Hier muß Klärung geschaffen werden. Zeit-Verkehrsammlungen an und erklärt minderwertige Schwächungen mit den Unternehmern sofort im Steine. Wählt auch überall Baudelegierte, denn ohne sie

kommen wir nicht aus. Wählt aber besonders scharf auf die Einhaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen!

**Aus den Fachgruppen**

**Glafer.** Bezirksverband Dresden. Am Sonnabend, 24. Juli, findet in Pirna die Besichtigung einer Tafelglasbläse statt. Den Kollegen wird Gelegenheit geboten, sich die Herstellung des Glaes anzusehen. Kollegen, die an der Besichtigung teilnehmen wollen, werden gebeten, dies bis spätestens 17. Juli dem Kollegen Karl Leipnig, Dresden, Nikolausbergstraße 6, 1. Et., zu melden. Die Teilnehmer müssen sich je eintrichtig, daß sie nachmittags 4 1/2 Uhr im Dresdener Hauptbahnhof sind. Der Zug nach Pirna geht um 4.53 Uhr. An diesem Tage wird nachmittags 4 bis nachts 12 Uhr Glas hergestellt. Wir bitten um zahlreichste Beteiligung.

**Leipzig.** Am 19. Juni hielt Kollege Wurfürst, Leipzig, in einer öffentlichen Versammlung einen wertvollen Vortrag. Leider fehlten gerade die jungen Kollegen, denen doch der Vortrag in erster Linie gelten sollte. In der langen und lebhaften Aussprache wurde leider von einigen Kollegen das eigentliche Thema nicht berührt. Der Vortragende brauchte deshalb nur einige Kritiker richtigzustellen. Er forderte zum Schluß die Kollegen auf, sich mehr mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. — Die Glasgewerkschaft hat auf unsere Eingabe geantwortet, daß sie zu Verhandlungen bereit sei und zu gegebener Zeit dazu einladen werde. Unter den Jubilaren der Baugewerkschaft, die 25 Jahre und länger der Organisation angehören, befinden sich auch 75 Kollegen unserer Fachgruppe. Wögen sich die jungen Kollegen an diesen Veteranen der Gewerkschaft ein Beispiel nehmen.

**Das Meinestertum im Glasgewerbe.** Obwohl die Glasmeister in allen Landesteilen ihre Bezirksverbände abhalten, sind alljährlich ein Verbandstag für die Gesamtorganisation, dem Verband der Glaserrnungen Deutschlands hat. In diesem Verband sind alle Glasmeister, ob Markt, Glas, Silber, Kunst- oder Feinhermetikerglas, vereinigt und bilden so eine Einheitsfront. Aus dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes zum diesjährigen Verbandstag ist ersichtlich, daß vom 1. Mai 1925 bis 1. Mai 1926 die Zahl der Innungen von 159 auf 163 und die Zahl der Mitglieder um 127, nämlich auf 6300 gestiegen ist. Wenn durch Schaffung der neuen Reichshandwerkerordnung, an Stelle der freien- und Zwangsinnungen, einheitliche Pflichtenungen gebildet, diese dann obligatorisch zu Landesverbänden und diese wiederum zu einem Reichsverband zusammengefaßt werden, dann ist dem Handwerkerstand eine gefährliche Macht geschaffen worden, die alle Arbeiter zum Nachdenken veranlassen sollte. Leider wird auch von unsern Kollegen das Vereinigungsrecht viel zu wenig gewertet. Wie könnte sonst unsere Mitgliederzahl zurückgehen! Es soll keineswegs der schlechte Geschäftsgang im Glasgewerbe und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit verkannt werden; jedoch rechtzeitig bis nicht den Niedrigsten unserer Mitgliederzahl wohl während der Arbeitslosigkeit keine Beiträge zu leisten sind und deshalb die Kollegen dem Wunde die Treue walten können. Allerdings, wenn im eigenen Beruf monatlich keine Beschäftigung zu finden ist, versucht jeder Kollege, anderweitig Arbeit zu bekommen. Wenn ihm dies gelingt, dann tritt er auch in die zuständige Organisation über. Dies trägt dann zwar mit zum Niedergang der Mitgliederzahl unserer Fachgruppe bei. Ein anderer Teil der Kollegen wird der alljährlich wiederkehrenden Arbeitslosigkeit überdrüssig und bestellt sich etliche Kräfte Glas, etwas Stilk und wird Glasmeister. So erklärt sich auch die Zunahme der Innungsmittelglieder. Hält er sich dann noch Behelinge, so kann er auf den Verbandstagen der Unternehmer große Löhne reden und über die „hohen Löhne“ der Gesellen schimpfen. In welchem Verhältnis die Zahl der organisierten Meister zur Zahl der organisierten Gesellen steht, wollen wir an einigen Beispielen kurz anführen. In Altenstein gibt es 38 Meister und 2 organisierte Gesellen, in Braunschweig 66 Meister und 48 organisierte Gesellen, in Berlin 672 Meister und 474 organisierte Gesellen, in Bremen 79 Meister und 90 Gesellen, in Grottenburg gibt es 126 Meister und keine organisierten Gesellen, in Danzig 50 Meister und 1 Gesellen, Elmig 48 Meister und keinen organisierten Gesellen, in Frankfurt am Main stehen 101 Meister 41 organisierten Gesellen gegenüber, in Frankfurt a. d. O. 85 Meister, 2 Gesellen; Hamburg-Altona 421 Meister, 248 Gesellen; in Hannover sind 101 Meister und 85 Gesellen und in Riedel 93 Meister und 5 organisierte Gesellen. Diese Zahlen ließen sich noch beliebig ergänzen, sie mögen aber zunächst genügen. Ein Bild auf die Mehrheitsverhältnisse zeigt uns ebenfalls kein erfreuliches Bild. Bei den kürzlich in 160 Orten vorgenommenen statistischen Erhebungen wurden 1183 Glaslehrlinge gezählt. Davon waren 649 Markt-, Meis- und Kunstglaser und 534 Feinhermetikerglaser. Welche Zukunft diesen jungen Leuten bevorsteht, erleben wir aus dem vom Deutschen Baugewerksbund wöchentlich vorgekommenen Arbeitslosenverzeichniss. Von den 2230 im Baugewerksbund organisierten Glasergesellen waren in der ersten Januarwoche 394 arbeitslos. Von Woche zu Woche stieg die Zahl der Erwerbslosen und war im Mai bei 2100 Mitgliedern auf 667 angewachsen. Derzeit sind nur das Jahres-einkommen dieser Glasergesellen, sie ist es geradezu eine Brutalität, noch von Lohnabbau zu reden. In unsern Kollegen müssen wir die erste Maßnahme erlassen: Haltet treu zu Eurer Organisation! Beachtet die Zahl der organisierten Unternehmer und halt alle im Glasgewerbe Beschäftigten zu unserer Fachgruppe als Mitglieder heran, damit wir weitere Verschlechterungen unserer Arbeitsverhältnisse abwehren können.

**Jolierer.**

Bremen. In einer außerordentlichen Fachgruppenversammlung am 28. Juni gab Kollege Döbrack einen ausführlichen Bericht über die Konferenz in Hannover. Die Versammlung war mit dem Bericht sowie mit den Arbeiten der Konferenz einverstanden, so daß sich eine Aussprache erledigte. Ueber das Ergebnis der zentralen Verhandlungen

berichtete Kollege Heinrich. Die Unternehmer forderten längere Arbeitszeit, Lohnabbau, Abbau der Ausrüstung, Fortfall der Ferien und Einführung der Hfordarbeit. Bei einer derartigen Einstellung des Unternehmertums müßten natürlich die von unsern Interessierten gestellten Verbesserungsanträge auf dem jetzt bestehenden gesetzlich unter den Tisch fallen. Auch der von unsern Vertretern gestellte Antrag auf Verlängerung des bis zum 30. Juni dieses Jahres geltenden Reichsarbeitsvertrages fand bei den Unternehmern keine Gegenliebe. Diese Haltung der Unternehmer wurde von der Versammlung auf das schärfste gemißbilligt. Sie nahm einstimmig eine Entschließung an, worin die Haltung der Verhandlungskommission gebilligt und ihr das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen wird. Alle Kollegen, denen am 1. Juli der Lohn gekürzt werden sollte, werden aufgefordert, sofort Protest dagegen zu erheben und die Fachgruppenleitung oder den Baugewerkschaftsvorstand in Kenntnis zu setzen. Die Fachgruppenleitung wird beauftragt, in solchen Fällen sofort eine Versammlung einzuberufen, um die notwendigen Maßnahmen zu beschließen. Die Versammlung beschloß sich ferner mit dem Verhältnis der Fachgruppe gegenüber den Kollegen, die im Joliergewerbe beschäftigt, aber in anderen Berufen arbeiten zu können. Auch hierzu wurde, nach Ausführungen des Kollegen Göhe, eine Entschließung angenommen, worin solchen Kollegen empfohlen wird, sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit im Joliergewerbe in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen, falls dort Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind.

Magdeburg. Das neue Verlehrslokal für Jolierer ist das Restaurant Schulze, Ecke Bahnhof- und Hasselbachstraße.

**Steinseher und Rammer.**

Stuttgart. (Steinhauer.) Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses wurde den Steinhauren am 23. Februar 1926 der Maurerlohn plus 20% genehmigt. Die Mitglieder des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe haben, damit sie Steinhaure beschäftigen, im Jahre 1925 bei guter Geschäftslage diesen Schiedspruch gegen den Willen ihres Syndikus und ihres Vorstandes genehmigt. In diesem Jahre, in der Zeit der Krise und des Lohnabnahmestimmes, hat nun der Syndikus seinen Willen bei den Bauunternehmern durchgesetzt, die in einer Sitzung scharfgeurteilt, daß sie nicht mehr als 8 bis 15% auf den Maurerlohn zahlen dürfen. Einige Betriebe nehmen heute nur sehr ungern Stuttgarter Steinhaure in Arbeit, weil sie auf ihrem Schiedspruch bestehen. Bauunternehmer finden sich immer noch Auswärtige, die den hiesigen Kollegen in den Rücken fallen, indem sie besonders bei Bauunternehmern Arbeit annehmen, ohne sich vorher zu vergewissern, welchen Lohn sie erhalten. Wenn dann der Zahlung kommt, müssen sie sich mit 10 bis 20% je Stunde weniger begnügen als die Kollegen, die durch Anerkennung des Unternehmers dem Schiedspruch Anerkennung verschaffen. Ein Magdabares Recht haben jene Kollegen nicht, weil für die Bauunternehmer kein Vertragsverhältnis besteht, da sie den Schiedspruch damals ablehnten. Somit machen jene Kollegen bewußt den Lohnhändler, die Ertragsverfasser der Stuttgarter Steinhaure in Gefahr und fügen sich nicht den Wünschen unserer Versammlungen. Ohne Kaufkarte suchen sie sich Arbeit. Die Stuttgarter Steinhaure erwarten, daß diese Zeiten genügen, die, die es angeht, an ihre Solidaritätspflicht zu erinnern, die in dieser Zeit mehr denn je notwendig ist. Es kann auch nicht geduldet werden, daß die Kollegen, die für andere die Kassen aus dem Feuer holen müßten, wegen der Kaufzeit und der Gleichgültigkeit einzelner Einzelritter die Hälfte des Jahres auswärts Arbeit zu suchen. Jeder Steinhaure, der in Stuttgart arbeiten will, hat sich vorher bei der Organisationsleitung, Steinseher und Rammer, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkundigen. Wer das nicht tut und ohne Kaufkarte arbeitet, wird wie ein Sperrbrecher behandelt. Unsere Kollegen, besonders die Baudelegierten, werden aufgefordert, alle Steinhaure, mit denen sie auf Baustellen zusammenarbeiten, einer entsprechenden Kontrolle zu unterziehen. Nur gemeinsames Handeln kann uns über die Not der Krise hinwegführen! Alle für einen und einer für alle!

Wiesbaden. (Lohnbifferenzen im Pfasterergewerbe.) Am 11. April fand mit den Unternehmern eine Aussprache über die beruflichen Verhältnisse im Pfasterergewerbe statt. Am Schluß dieser Aussprache erklärten sich die Pfastermeister Johann Örg und August Böhn, als Bauarbeiter der Unternehmer, bereit, die bisherigen Löhne ohne jeden Zug bis zu dem Tage zu zahlen, an dem eine anderweitige vertragliche Regelung in Kraft tritt. Sie erklärten sich ferner bereit, dafür einzutreten, daß in Kürze Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages angebahnt werden. In der Zwischengzeit traten aber die Unternehmer des Pfasterergewerbes in Mainz und Wiesbaden dem Verbande baugewerkschaftlicher Unternehmer bei. Ihre erste Tat als neugeborene Mitglieder dieses Verbandes war, daß jede Aussprache mit uns diesen bisher gegangenen Stundenlohn zu kürzen. Die vom Baugewerksbund eingeleiteten Verhandlungen zur Abwehr dieser unverschämten und eigenmächtigen Lohnkürzung führten am 10. Juni in Mainz zu einer weiteren Aussprache. Unternehmer und Arbeitervertreter waren sich darüber einig, daß die Lohnkürzung nicht aufrechtzuerhalten werden kann. Sie erklärten sich deshalb bereit, mit allem Nachdruck bei der Leitung ihres Verbandes für eine baldige vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Von der zuständigen Internationales Organisation, dem Mitteldeutschen Pfasterverband für das Baugewerbe in Frankfurt a. M., sind diese Anträge aber wiederholt abgelehnt worden. Zuletzt ermöglicht durch ein Schreiben vom 18. Juni. Der größte Teil der Unternehmer des Pfasterergewerbes sah auch das Unrecht ein und hat inzwischen die Lohnkürzung wieder rückgängig gemacht. Das geschah aber den Pfastermeistern Örg und Böhn in Wiesbaden durchaus nicht. Sie suchen vor allem die häßlichsten Wäutner und ihren Verband mobil zu machen, um die Firmen, die den ungezügten Stundenlohn zahlen, zu zwingen, den vom Internationalesverband billigen gefürzten Stundenlohn zu zahlen. Bei der Firma Johann Fleischer in Wiesbaden a. M. haben sie auch mit ihrer Hebe Erfolg gehabt. Diese Firma kürzte am letzten Zahlung wieder den Stundenlohn, den sie erst eine



